

Postulat 8

Übertragung Sitzungen des Grossen Stadtrates

Adrian Häfliger und Monika Weder namens der GRÜNE/Junge Grüne-Fraktion vom 22. September 2024

Nach Art. 22 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates sind dessen Sitzungen öffentlich. Da der Saal im Rathaus kein Publikum zulässt, werden die Sitzungen über das Internet live übertragen und stehen danach auch für eine zeitversetzte Betrachtung zur Verfügung.

Die Übertragung und Speicherung der Sitzungen erfolgt über YouTube. Die Dienstleistungen von YouTube zu verwenden, mag attraktiv erscheinen, da dies gratis ist. Es ist jedoch ein ökonomisches Grundprinzip, dass alles einen Preis hat. Wenn für eine Dienstleistung keine monetären Kosten anfallen, werden diese in anderer Form entrichtet. YouTube sammelt Daten über die Nutzer*innen. Dies ist das Geschäftsmodell von Alphabet, dem Konzern, zu welchem neben YouTube auch Google gehört.¹ Somit lagert die Stadt die Kosten für die Übertragung und Speicherung der Ratssitzungen an ihre Bürger*innen aus, welche dies mit ihren Daten bezahlen. Und Bürger*innen, welche die Benutzung von YouTube wegen Datenschutzbedenken ablehnen, haben keine Möglichkeit, ihr Recht auszuüben und sich über die Sitzungen des Grossen Stadtrates zu informieren. Die bestehende Lösung bietet weder einen kostenfreien noch allen offenen Zugang zu den Sitzungen des Rates, was der im Geschäftsreglement beschriebenen Öffentlichkeit widerspricht.

Es handelt sich bei den Aufzeichnungen der Ratssitzungen um personenbezogenes Videomaterial, für das die Stadt eine Verantwortung trägt. Werden diese auf YouTube hochgeladen, verliert die Stadt die Kontrolle darüber, da sie an unbekanntem und unserer Rechtsprechung entzogenem Ort gespeichert werden. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass das Videomaterial ausgewertet und beispielsweise für das Trainieren von KI-Modellen verwendet wird. Das Videomaterial kann von der Stadt zwar von der Plattform gelöscht werden, es kann aber nicht sichergestellt werden, dass diese Daten endgültig gelöscht werden.

Die Postulant*innen bitten den Stadtrat, eine Lösung für die Übertragung der Ratssitzungen zu prüfen, für welche die Bürger*innen nicht mit ihren Daten bezahlen müssen und welche von allen Bürger*innen ohne Bedenken genutzt werden kann.

Die Lösung soll zudem garantieren, dass die Videodaten stets in der Kontrolle der Stadt bleiben. Zudem bitten wir den Stadtrat, die erarbeitete Lösung dem Smart-City-Ethikbeirat zur Prüfung vorzulegen und diesen um Veröffentlichung der Beurteilung zu ersuchen.

¹ Vgl. Zuboff, *Shoshana: The Age of Surveillance Capitalism: The Fight for a Human Future at the New Frontier of Power*, Public Affairs, 2019. In dieser bisher umfassendsten Studie zum Thema untersucht die amerikanische Soziologin ausführlich das Geschäftsmodell des Alphabet-Konzerns und zeigt die daraus resultierenden Gefahren für die Demokratie auf.